

5. Februar 2018

1 von 2

Mitteilungen**- Ausschuss zur Einsicht der Akten des Magistrats betr. "Übernahme einer Bürgschaft für die GWG"**

Stadtverordnetenvorsteherin Petra Friedrich teilt betr. der Arbeit des Ausschusses zur Einsicht der Akten des Magistrats betr. "Übernahme einer Bürgschaft für die GWG" mit:

Aufgrund des Antrages der AfD-Fraktion vom 17. August 2016 beschloss die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 12. September 2016 bei Zustimmung der Fraktionen der AfD und 2 Personen von Freie Wähler + Piraten und

Enthaltung der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP sowie 1 Person von Freie Wähler + Piraten, die Bildung des Ausschusses zur Einsicht der Akten des Magistrats betreffend „Übernahme einer Bürgschaft für die GWG“ zur Feststellung der Gesamtkosten, der Kalkulationen und Risikoanalysen des Projektes sowie der Notwendigkeit der Bürgschaft.

Der Ausschuss konstituierte sich in öffentlicher Sitzung am 21. September 2016 und begann mit der Akteneinsicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Der damalige Stadtkämmerer und jetzige Oberbürgermeister Christian Geselle legte zu dem Vorgang eine Akte des Dezernats II, Amt Kämmerei und Steuern -20-, zur Einsichtnahme vor.

Die Mitglieder des Ausschusses einigten sich einvernehmlich darauf, aus organisatorischen Gründen die Akte im Büro der Stadtverordnetenversammlung einzusehen.

Im Laufe des Jahres 2017 gab es einige Änderungen in der Besetzung des Ausschusses. Nach dem Ausscheiden mehrerer Mitglieder u. a. auch aus der AfD-Fraktion, hat die AfD-Fraktion auf eine Neubenennung von Ausschussmitgliedern verzichtet und mir mitgeteilt, dass seitens der AfD-Fraktion kein Interesse mehr an der Fortsetzung des Ausschusses besteht, da sie keine weiteren Erkenntnisse betreffend ihrer Fragestellungen bei der Weiterführung des Ausschusses erwartet.

Die Angelegenheit wurde in der Sitzung des Ältestenrates am 22. Januar 2018 abschließend erörtert. Beanstandungen zum Bürgschaftsverfahren wurden nicht angemerkt.

Einstimmig wurde beschlossen, dem Antrag der AfD-Fraktion zuzustimmen.

Stadtverordnetenvorsteherin Friedrich gibt daher bekannt, dass die Arbeit des Ausschusses zur Einsicht der Akten des Magistrats betr. „Übernahme einer Bürgschaft für die GWG“ wird eingestellt.

2 von 2

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin